

Krieg der Resolutionen

Parlamentsblockaden in den Kosovo-Verhandlungen

Dušan Reljić

Eine nochmalige Verhärtung in den politischen Positionen in Pristina und Belgrad sowie zunehmende Anzeichen von Gewaltbereitschaft in Kosovo kennzeichnen den herannahenden Beginn der Verhandlungen über den zukünftigen Status der Provinz. Zugleich zeigen sich Gegensätze zwischen den USA, die einer Unabhängigkeit Kosovos zuneigen, und Rußland und China, die einer Sezession ablehnend gegenüberstehen.

Der Weltsicherheitsrat gab am 24. Oktober grünes Licht für den Beginn der Verhandlungen und folgte damit einer Empfehlung des norwegischen Diplomaten Kai Eide. Kosovo ist seit dem Frühsommer 1999 ein Protektorat der Weltorganisation. Auf Einladung des UN-Generalsekretärs legte Eide dem Weltsicherheitsrat einen Bericht über die Lage in Kosovo vor. Darin schildert der UN-Sondergesandte die Situation vor Ort zunächst als überaus mißlich und verweist besonders auf die kritische Lage der nicht-albanischen Bevölkerungsteile. Dann stellt Eide jedoch fest, daß es wohl im Grunde »nie einen guten Augenblick« für den Verhandlungsbeginn gebe. Um Stagnation zu verhindern, müßten die Gespräche bald starten. Eine weitere Verschiebung des Versuchs, Kosovo einen neuen Status zu geben, werde nur zu neuen Verwerfungen führen. Eide schloß seinen Bericht mit der Bemerkung, daß angesichts der üblen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Kosovo und insbesondere der heftigen alba-

nisch-serbischen Anfeindungen der Beginn des Prozesses zur Festlegung des zukünftigen Status nicht die letzte Phase, sondern lediglich die nächste Stufe der internationalen Präsenz in Kosovo einleiten werde.

Seit der Veröffentlichung des Eide-Berichts hat sich die Sicherheitslage in Kosovo nach Einschätzung der UN-Verwaltung (UNMIK) verschlechtert. Mitglieder und Fahrzeuge der UNMIK sowie des Polizeidienstes von Kosovo (KPS) waren Ziel einer Serie von terroristischen Angriffen. Eine Bombe verletzte mehrere Marktbesucher in einer vornehmlich von Serben besiedelten Ortschaft. Am 3. Dezember wurde in der Nähe der Stadt Prizren ein nach Belgrad fahrender Linienbus mit Panzerfäusten angegriffen. Obwohl beide abgefeuerten Projektile ihr Ziel trafen, wurde niemand verletzt. Im Süden und Westen der Provinz errichteten uniformierte und bewaffnete Männer zeitweise Straßensperren und kontrollierten die Insassen vorbeifahrender Fahrzeuge. Sie gaben sich als Mitglieder

einer bisher unbekanntenen »Armee für die Unabhängigkeit Kosovos« (AIK) aus. Laut UNMIK wird mit diesen Angriffen der Versuch unternommen, die Verhandlungen über den künftigen Status Kosovos unter einen bestimmten Gesichtspunkt zu stellen. Zudem wurden an die Adresse der etablierten Politiker anonyme Drohungen ausgesprochen, die sie vor »Folgen« warnen für den Fall, daß sie die »nationalen Interessen« im Verlauf der Statusverhandlungen verraten sollten. Öffentlichen Druck auf die politischen Parteien übt insbesondere die »Bewegung für Selbstbestimmung« (*Vetvendosje*) des ehemaligen Studentenführers Albin Kurti aus. Kurti mobilisiert einen jugendlichen Anhang für eine außerparlamentarische Opposition gegen den Fortbestand des UN- oder die Errichtung eines EU-Protectorats in Kosovo. Dafür erhält er auch Unterstützung vom Verband der ehemaligen Kämpfer der »Befreiungsarmee Kosovos« (UÇK). Eine weitere Zuspitzung der Straßenproteste und Anschläge in Kosovo ist vermutlich dann zu erwarten, wenn bei den bevorstehenden Statusverhandlungen die internationalen Vermittler von den Parteien verlangen werden, von ihren Maximalforderungen abzurücken.

Der Chefunterhändler der UN, Finnlands Ex-Präsident Martti Ahtisaari, begann am 21. November mit Gesprächen in Belgrad, Pristina und anderen politischen Zentren in der Region. Zuvor hatte er davor gewarnt, »künstliche Zeitgrenzen« zu ziehen oder »schnelle Ergebnisse in vier oder fünf Monaten« zu erwarten. Seine Erfolgsaussichten bezeichnete er »als größer, als wenn man ein Lotterielos kauft«. Ahtisaari stellte die ersten unmittelbaren Gespräche zwischen Belgrad und Pristina für Anfang 2006 in Aussicht. Die Führung der Kosovo-Albaner lehnt direkte Gespräche mit Belgrad allerdings ab, während die serbische Seite, mit Unterstützung Rußlands, auf ihnen besteht. Pristina ist der Ansicht, daß Serbien kein Recht zustehe, über die Zukunft Kosovos mitzuentcheiden. Umgekehrt würden unmittelbare Verhandlungen, so Belgrads Leseart, die Zugehörigkeit Kosovos

zu Serbien belegen. Noch ist nicht klar, wie die eigentlichen Verhandlungen ablaufen sollen. Auch hat sich bisher keine Seite zu den möglichen Folgen eines Scheiterns der Verhandlungen geäußert, obwohl besonders in Belgrad die Furcht vor einer vornehmlich von den USA oktroyierten Regelung deutlich spürbar ist.

Volksbefragungen gegen Kompromisse

Die Verhandlungsgrundlage Belgrads wurde am 21. November in einer Parlamentsresolution festgehalten, die den Verzicht auf die völkerrechtliche Zugehörigkeit Kosovos zu Serbien ausdrücklich ablehnt. Indessen wird in der Entschließung in kaum verhüllter Form die Bereitschaft Belgrads angedeutet, weitgehende Zugeständnisse zu machen. Wörtlich heißt es, daß »die Volksversammlung Verständnis zum Ausdruck bringt, daß es für den zukünftigen Status von Kosovo und Metohija verschiedene Modalitäten geben könnte, die nicht die Souveränität und territoriale Integrität des Staates in Frage stellen«. Jeder Versuch einer Lösung, bei der die Teilung Serbiens durch eine einseitige Sezession Kosovos praktisch legalisiert würde, bedeute nicht nur Gewaltanwendung gegen einen demokratischen Staat, sondern auch gegen das Völkerrecht. Eine solche Lösung werde das Parlament als illegitim und für nichtig erachten.

Mit der heftigen Ablehnung einer oktroyierten Regelung möchte Belgrad offenbar einem Szenario wie nach den Rambouillet-Verhandlungen über Kosovo 1998 und 1999 zuvorkommen. Damals drohten die USA und ihre Verbündeten dem Gewaltherrscher Slobodan Milošević Zwang an, falls er der westlichen Vorlage für Kosovo nicht zustimme. Seine Weigerung führte im Frühjahr 1999 letztlich zum Krieg der Nato gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien. Zuletzt wurde in Belgrader Regierungskreisen wiederholt die Befürchtung ausgesprochen, daß die albanische Seite die bevorstehenden Kosovo-Verhandlungen so

lange untergraben könnte, bis die USA die Geduld verlieren, und eine Regelung aufzuzwingen versuchen.

Die Parlamentsresolution folgt einem Vorschlag des Chefs der Minderheitsregierung Vojislav Koštunica, der auch Vorsitzender der national-konservativen Serbischen Demokratischen Partei (DSS) ist. Koštunica hatte sich zuvor von zwei oppositionellen Parteien, der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) und der stärksten Parlamentsfraktion, der nationalpopulistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS), die Zustimmung für die Resolution geholt. Die nominellen Chefs dieser Parteien, Slobodan Milošević und Vojislav Šešelj, verantworten sich derzeit vor dem Internationalen Tribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. Auf Druck der SRS wurde zuletzt noch der Hinweis auf die Möglichkeit einer Volksbefragung über den Ausgang der Verhandlungen in den Resolutionstext eingefügt. Damit soll wohl den Folgen einer zu weit gehenden Nachgiebigkeit der Verhandlungsdelegation ein Riegel vorgeschoben werden. Die oppositionelle Demokratische Partei (DS) des serbischen Präsidenten Boris Tadić enthielt sich der Stimme. Ihre Abgeordneten nahmen aber an dieser Sitzung teil, obwohl sie den Parlamentsdebatten seit Anfang Oktober fernbleiben, um damit gegen Manipulationen mit Abgeordnetenmandaten zu protestieren. Koštunica scheint immer weniger auf eine Abstimmung mit Tadić Wert zu legen. Nach zahlreichen öffentlichen Auseinandersetzungen konnten sich der Präsident und der Premier vorerst nur darauf einigen, daß sie die Belgrader Verhandlungsdelegation als gleichberechtigte Ko-Vorsitzende anführen werden.

Bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 15. November in Moskau schlug Tadić eine Regelung für Kosovo nach der Vorlage des Daytoner Friedensabkommens für Bosnien-Herzegowina vor. Demnach sollten in Kosovo eine albanische und eine serbische Entität gebildet werden, wobei der serbische Teil Sonderbeziehungen zu Belgrad haben sollte.

Gleichzeitig würde Belgrad die nominelle Souveränität über Kosovo bewahren. Tadić begründete seinen Vorstoß mit der Ablehnung von neuen Grenzziehungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien und verwies darauf, daß das Recht auf Bildung eines unabhängigen Staates auch anderen zustünde, wenn es den Albanern zugestanden würde. Dies aber könne zur Desintegration anderer Länder wie Mazedonien oder Bosnien und Herzegowina führen.

Tadićs Moskauer Vorschlag erschien zunächst als Alleingang, erst nach längerem Zögern waren aus der serbischen Regierung zustimmende Äußerungen zu vernehmen. In Pristina wurden die Ausführungen des serbischen Präsidenten mit der Begründung zurückgewiesen, daß es sich dabei nur um einen weiteren Teilungsplan für Kosovo handele. Verworfen haben Kosovos Premier Bajram Kosumi und der stärkste Oppositionsführer, Hashim Thaçi, sowie andere kosovo-albanische Politiker auch jene westlichen Vorschläge, die für die Provinz eine »bedingte Unabhängigkeit« oder »beaufsichtigte Souveränität« vorsehen. Solche Einfälle, so der Schluß in Pristina, glichen den Belgrader Redewendungen über »mehr als Autonomie, aber weniger als Unabhängigkeit« für Kosovo. Allein die volle Unabhängigkeit könne den sozialen Fortschritt in Kosovo sichern und regionale Stabilität herstellen. Immerhin nahmen die albanischen Abgeordneten in Kosovos Parlament nach eindringlichen Warnungen der USA und der UNMIK-Vertreter am 17. November doch Abstand davon, unmittelbar die Unabhängigkeit Kosovos auszurufen. Zuletzt hieß es in der angenommenen Resolution, in der die albanische Verhandlungsposition bestimmt wird, die Unabhängigkeit sei »nicht verhandelbar«. Spiegelgleich zur Belgrader Entschließung wird die Möglichkeit einer Volksbefragung über den Ausgang der Statusverhandlungen offengelassen. Damit soll es den Verhandlungsführern ermöglicht werden, unter Hinweis auf den »Volkswillen« Kompromißvorschläge abzuschlagen.

Dardania anstatt Kosovo?

Die führenden kosovo-albanischen Politiker haben sich bisher auf nicht viel mehr als darauf zu einigen vermocht, auf der Selbstständigkeit Kosovos zu bestehen. Obwohl sie von Washington ausdrücklich aufgefordert wurden, innerhalb der Abordnung zu einer gemeinsamen Position zu gelangen, und US-Experten bei der Einübung von Methoden der Verhandlungsführung behilflich waren, verharren die kosovo-albanischen Akteure im Streit über die Kompetenzen des Koordinators der Gruppe, des Journalisten Blerim Shala. Der nominelle Chef der Verhandlungsdelegation ist Kosovos schwerkranker Präsident Ibrahim Rugova. Er vertritt die Auffassung, daß die Kosovo-Albaner schon ausreichend Kompromißbereitschaft unter Beweis stellen, wenn sie auf die Vereinigung mit Albanien verzichten. Rugova verlangt eine »direkte« Anerkennung der Selbstständigkeit Kosovos durch die USA. Angesichts des heftigen Ringens um Rugovas Nachfolge, kann es sich keine der anderen führenden politischen Gestalten in Kosovo leisten, Nachgiebigkeit zu zeigen.

Zudem werden in der inneralbanischen Diskussion über die Zukunft Kosovos in jüngster Zeit noch weiterreichende Forderungen laut, die früher höchstens hinter vorgehaltener Hand geäußert wurden. So hat der Vorsitzende der oppositionellen Albanischen Demokratischen Partei (DPA) in Mazedonien, Arben Xhaferi, vorgeschlagen, Kosovo in Dardania umzubenennen und an Albanien anzuschließen. Xhaferi vertritt die Ansicht, daß Kosovo mit zwei Millionen Einwohnern kein funktionsfähiger Staat werden könne. Darüber hinaus ist die Bezeichnung »Kosovo« slawisch, »Dardania« hingegen der Name eines illyrischen Stammes, auf den laut albanischer Geschichtsschreibung die heutigen Albaner zurückgehen. Zu der aufflackernden Diskussion über »Großalbanien« meinte der bevorzugte Gesprächspartner des Westens unter den kosovo-albanischen Politikern, Veton Surroi, der Chef der kleinen Oppositionspartei »Ora« ist, daß die Frage der

»nationalen Vereinigung« immer »als reale Option« lebendig bleiben werde, solange die »Bestrebungen des albanischen Volkes auf dem Balkan nicht erfüllt werden«.

In Xhaferis Vorpreschen ist sicherlich vor allem der Versuch zu sehen, innerhalb der albanischen Wählerschaft in Mazedonien als Kämpfer für albanische Nationalziele zu punkten. In Albanien selbst sind nur vereinzelt Forderungen nach einer Vereinigung aller von Albanern besiedelten Territorien zu vernehmen. Immerhin handelt es sich bei diesen Territorien um ethnisch weitgehend homogene Gebiete, die sich über alle Nachbarstaaten Albanien erstrecken und immer mehr zu einem ökonomisch, kulturell und politisch festgefügtten Raum zusammenwachsen. Albanien's neue Regierung unter Premier Sali Berisha, ein langjähriger Verbündeter von Rugova, und das Parlament in Tirana, haben bisher öffentlich allenfalls die Selbstständigkeit Kosovos unterstützt. Gleichwohl bedroht dieser Beistand die mühsam erreichte Normalisierung zwischen Tirana und Belgrad sowie zwischen Tirana und Skopje.

In Mazedonien sagen weite Teile der slawischen Bevölkerung der albanischen Minderheit im Lande (25% der Bewohner) Abspaltungsabsichten nach. Die Regierung in Skopje hat jedoch zu erkennen gegeben, daß sie bereit ist, die Unabhängigkeit Kosovos hinzunehmen, nicht zuletzt, weil sie sich dadurch noch mehr Unterstützung seitens der USA für den Bestand ihres Staates erhofft. Im Frühjahr hatte Washington im Alleingang die Republik Mazedonien unter ihrem Verfassungsnamen anerkannt, während die EU nach wie vor den offiziellen, von der UN festgelegten Namen »Frühere jugoslawische Teilrepublik Mazedonien« verwendet. Skopje verlangt, daß, bevor der künftige Status Kosovos definiert wird, formell der Grenzverlauf mit dem Nachbarstaat Serbien und Montenegro auch im Abschnitt zu Kosovo fixiert wird. Dazu hat sich die Regierung in Pristina jedoch erst nach einer etwaigen Erlangung der Unabhängigkeit bereit erklärt.

Amerikanische und russische Freunde

Albanische Vertreter haben keinen Hehl daraus gemacht, daß sie auf die USA setzen, um die Loslösung von Serbien zu erreichen. Ihre Hoffnungen haben am 8. November weiteren Auftrieb erhalten, als der Staatssekretär im Außenministerium, R. Nicholas Burns, bei einer Anhörung im Washingtoner Senatskomitee für Internationale Beziehungen die Kosovo-Albaner aufforderte zu verstehen, daß »Unabhängigkeit verdient werden muß«. Im Unterschied zur Sprachregelung der UN und der EU, die von einem »künftigen Status« Kosovos sprechen, verwendete Burns überdies wiederholt den Ausdruck »Endstatus«. Er vermied es auch, die Möglichkeit einer aufgezwungenen Regelung auszuschließen. Burns betonte zwar, daß die »USA zu diesem Zeitpunkt kein spezielles Ergebnis unterstützen werden« und daß es wichtig sei, daß die USA und ihre Verbündete »neutral bleiben«; nichtsdestoweniger ging es während dieser Anhörung beim Großteil der anderen Einlassungen allein um die Frage, wie die Unabhängigkeit Kosovos zu erreichen wäre. Senator Joseph Biden, der noch in der Clinton-Administration in bedeutender Stellung an der Gestaltung der Balkan-Politik der USA beteiligt war, hob besonders hervor, daß Pristina eine der wenigen »moslemischen Städte« der Welt sei, wo die USA »nicht nur respektiert, sondern verehrt werden«. »Wenn wir Kosovo richtig hinkriegen, werden die Muslime weltweit daran erinnert werden, daß die USA der moslemischen Bevölkerung Kosovos zu Hilfe geeilt sind und sie dabei unterstützt hat, eine starke, unabhängige, multi-ethnische Demokratie zu errichten«, so Biden.

In den amerikanischen Erörterungen zu Kosovo spielt die Haltung Rußlands und Chinas kaum eine Rolle. Dabei hat Moskau unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß sich Rußland mit einer Statistenrolle auf dem Balkan nicht mehr begnügen will. Anfang November besuchte der russische Außenminister Sergej Lawrow Belgrad, Pristina (wo er eine russische Vertretung

eröffnete) und Podgorica. Er legte in seinen Ausführungen besonderen Wert darauf, daß eine Regelung für Kosovo, die nicht einvernehmlich zustande kommt, sondern oktroyiert wäre, auszuschließen ist. Kurz darauf empfing Präsident Putin den serbischen Präsidenten Tadić. Im Gespräch mit seinem Gast betonte der Kremlchef die Entschlossenheit Moskaus, eine weitere »Desintegration« auf dem Balkan zu verhindern, und verband diese Äußerung mit dem wohl als Anspielung auf die Sezessionsbestrebungen in Tschetschenien zu verstehenden Hinweis, daß solche Zerfallserscheinungen im übrigen weltweit unterbunden werden sollten. Ende des Monats weilte der Außenminister von Serbien und Montenegro Vuk Drašković erneut in Moskau, um die Belgrader Verhandlungsposition noch einmal mit den russischen Gesprächspartnern abzustimmen. Im Interview mit einer russischen Zeitung hob Drašković die Bereitschaft Belgrads hervor, für Kosovo eine Lösung nach dem chinesischen Modell für Taiwan zu akzeptieren: ein Staat, aber zwei Staatsordnungen.

Einige russische Kreml-Beobachter sind der Meinung, daß die Putin-Administration im Unterschied zur Jeltsin-Regierung 1999 durchaus bereit ist, in der Kosovo-Sache einen Streit mit Washington bis hin zu einem russischen Veto im UN-Sicherheitsrat auszutragen. Diese Einschätzung begründen sie zum einen mit dem Anliegen Moskaus, keine secessionistischen Präzedenzfälle zuzulassen, die sich auf die separatistischen Bestrebungen im Kaukasus auswirken könnten. Zum anderen sehen sie Rußland politisch und wirtschaftlich in einer stärkeren Position und wesentlich weniger abhängig von den USA, als es unter Jeltsin der Fall war. Ferner wird auf die »ideologische« Entschlossenheit hingewiesen, gerade auf dem Balkan, wo Moskau seit dem Ausbruch der Jugoslawien-Krise vor fast 15 Jahren gegenüber dem Westen eine nur noch untergeordnete Stellung eingenommen hat, endlich den Anspruch auf die ersehnte weltpolitische Rolle zu behaupten. Gleichzeitig sei Washington

wegen der eskalierenden Krisen im Irak und Afghanistan und möglicherweise auch der sich anbahnenden Verwicklungen im Iran geschwächt und auf die Kooperation Moskaus angewiesen. Schließlich wird auch darauf hingewiesen, daß Moskau und Peking in der Kosovo-Frage gemeinsame Interessen verfolgen.

Tatsächlich hat China bei jüngsten Visiten serbischer Politiker unter Berufung auf das von der UNO verbriefte Recht der Staaten auf territoriale Unversehrtheit der Selbständigkeit Kosovos eine Absage erteilt. Peking scheint damit die frühere Zurückhaltung in bezug auf die Jugoslawien-Krise teilweise aufzugeben. Dabei dürften Bedenken wegen der Loslösungsbestrebungen in Tibet und der Kontroverse um den Status von Taiwan mit ausschlaggebend sein.

Wenn auch jetzt die Jubelrufe einiger Nationalisten wieder ertönen, daß »Serbien nicht mehr allein ist«, weil sich Moskau auf seine Seite gestellt habe, so sind doch die Erfahrungen Belgrads mit der Belastbarkeit russischer und auch chinesischer Unterstützungszusagen im Verlauf der Auflösung Jugoslawiens und vor allem während der Nato-Intervention ernüchternd gewesen. Zudem ist es das erklärte Hauptinteresse Serbiens, rasch den Anschluß an euroatlantische Integrationen zu finden, um nach der jahrelangen Isolation und dem allseitigen Verfall während der Milošević-Herrschaft endlich mit den anderen Transitionsländern gleichzuziehen. Ob dieses Interesse jedoch ausreichend stark ist, um Belgrad zu bewegen, einen Teil seines Territoriums gegen einen möglicherweise beschleunigten EU-Beitritt einzutauschen, erscheint fraglich. Auch auf der anderen Seite wiegt die Bestrebung nach Selbständigkeit derzeit unter Kosovo-Albanern eindeutig mehr als die EU-Perspektive. Zudem ist auch innerhalb der EU momentan keine Übereinstimmung darüber zu erkennen, ob die Stabilisierung auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien mittels einer Beschleunigung des Beitritts weiter vorangetrieben werden sollte.

Die EU-Position: Regelung soll dauerhafte Entwicklung sicherstellen

Der Rat der Europäischen Union hat am 7. November die EU-Positionen zu den bevorstehenden Verhandlungen über den künftigen Status Kosovos festgelegt. Neben der allgemeinen Forderung nach Achtung der Demokratiestandards und Menschenrechte sowie der Bewahrung des multikulturellen Charakters der Region wurden noch einige spezifische Positionen festgelegt. Hier die wichtigsten Punkte:

- ▶ Die Einigung über den Status soll gewährleisten, daß sich die Situation, die vor März 1999 in Kosovo herrschte, nicht wiederholt.
- ▶ Jede nur einseitige oder durch Gewaltanwendung erzwungene Lösung und jede Änderung des derzeitigen Gebiets Kosovos wären unannehmbar.
- ▶ Es darf nach der Lösung der Statusfrage weder eine Teilung Kosovos noch einen Zusammenschluß Kosovos mit einem anderen Land oder einem Teil eines anderen Landes geben.
- ▶ Die territoriale Integrität und die innere Stabilität der Nachbarländer müssen vollständig gewahrt bleiben.
- ▶ Der künftige Status soll Kosovo in die Lage versetzen, sich wirtschaftlich und politisch auf einer stabilen Grundlage zu entwickeln, und zugleich gewährleisten, daß Kosovo für seine Nachbarn keine militärische oder sonstige sicherheitsrelevante Bedrohung darstellt.
- ▶ Die Lösung der Frage des künftigen Status Kosovos muß sowohl Belgrad als auch Pristina in die Lage versetzen, auf dem Weg der Annäherung an die Europäische Union voranzukommen.
- ▶ Die Vereinbarung sollte besondere Sicherheitsmaßnahmen für den Schutz des kulturellen Erbes und der religiösen Stätten einschließen.

»Kontakt-Gruppe«: Ausgehandelte Lösung hat Vorrang

In einem am 10. November veröffentlichten Dokument des Weltsicherheitsrats wurden die »Leitprinzipien« der sogenannten Kontakt-Gruppe (Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland, Großbritannien und die USA) für den Verhandlungsprozeß über den künftigen Status Kosovos dargelegt. Zusätzlich zu den EU-Positionen wird unter anderem hervorgehoben:

- ▶ Eine ausgehandelte Lösung soll internationale Priorität haben.
- ▶ Wenn der Prozeß einmal begonnen hat, darf er nicht blockiert werden und muß zum Ergebnis gebracht werden.
- ▶ Alle beteiligten Parteien sollten sich konstruktiv beteiligen, keine einseitigen Schritte unternehmen und jede Form von Gewalt ablehnen. Keine Rolle dürfen jene einnehmen, die Gewalt befürworten.
- ▶ Der Sondergesandte der UN kann Individuen oder Gruppen, deren Handlungen dem Verhandlungsprozeß nicht dienlich sind, von den Verhandlungen suspendieren oder ausschließen.
- ▶ Der Verhandlungsprozeß soll die tatsächliche Teilnahme der Kosovo-Serben und der anderen Bürger und Gemeinschaften Kosovos sicherstellen.
- ▶ Regionale Nachbarn und andere interessierte Parteien werden nach Bedarf konsultiert werden.
- ▶ Die Verwirklichung der von den Vereinten Nationen festgelegten Demokratiestandards muß im Verlauf des Verhandlungsprozesses weitergehen und wird ein Faktor sein, um den Fortschritt zu beurteilen.
- ▶ Der umfassende Dialog zwischen Belgrad und Pristina ist von Bedeutung. Belgrad wird aufgerufen, die Kosovo-Serben aufzufordern, einen aktiven Platz in den Institutionen Kosovos einzunehmen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364